



## Raketenabwehrforschung International

Hessische Stiftung Friedens-  
und Konfliktforschung (HSFK)  
Peace Research Institute Frankfurt (PRIF)

### Bulletin N° 15

Herbst 2000

#### Forschungsgruppe

Rüstungskontrolle  
und Abrüstung  
(Leiter: Prof. Dr.  
Harald Müller)

#### Koordinations- gruppe

#### Raketenabwehr- forschung

Leiter: Dr. Bernd W.  
Kubbig

Martina Glebocki  
Mirko Jacobowski

Dr. Rudolf Witzel

#### In

Zusammenarbeit  
mit der  
Arbeitsstelle

#### Friedensforschung Bonn

(Leiterin:  
Dr. Regine Mehl)

Mit Unterstützung  
der Evangelischen  
Kirche in Hessen  
und Nassau

Heinz-Jürgen Axt:

### Offensive Absichten mit defensiven Waffen: Das Beispiel Zypern

#### Luftabwehrraketen, Unterlegenheitsgefühle und türkische Einkreisungsängste

1997 wurde im griechischen Teil Zyperns verkündet, ein Raketen-System mit defensivem Auftrag in der Nähe des Luftwaffenstützpunktes Paphos im Süden der Insel zu installieren. Die benötigten Raketen sollte Rußland in Form der S-300 liefern. Damit sollte der Lufthoheit der Türkei über ganz Zypern ein Ende bereitet werden. Kaum hatte die Regierung die Absicht bekundet, traf sie auf Widerstand: Die Europäische Union konnte sich mit dem Schritt wenig anfreunden, paßte er doch kaum zum geplanten Beitritt der Insel zur Union. Die USA lehnten die griechisch-zyprische Initiative ebenfalls ab. Die schärfsten Reaktionen kamen indessen von der Türkei. Würden die Raketen tatsächlich stationiert, wäre dies der „casus belli“, verlautete es aus Ankara. Türkische Flugzeuge würden umgehend die Raketenbasis zerstören.

Was war der Grund für die scharfen Reaktionen? Schließlich sollten die Raketen doch nur der Luftabwehr dienen. So wie in anderen Fällen auch, offenbarten vermeintlich defensiv ausgerichtete Raketen-Systeme einen durchaus offensiven Charakter. Die Frage der folgenden Ausführungen lautet also: Was war die Logik der intendierten Raketenstationierung? Die Antwort darauf läßt sich mit folgender These vorwegnehmen: Das S-300-Raketen-System stellte erstens eine Antwort auf griechisch-zyprische Inferioritätsgefühle dar und hätte zweitens dem griechischen Militär eine Chance zur Einkreisung der Türkei eröffnet. Damit wird Griechenland keine aggressive, wohl aber die Absicht unterstellt, sich im Falle einer griechisch-türkischen Konfrontation, etwa wegen des Ägäis- oder des Zypernkonflikts, die Option zum Aufbau einer Offensivkraft offenzuhalten und die Türkei von Süden her unter Druck setzen zu können.<sup>1</sup> Auch wenn nunmehr auf die Stationierung der Raketen in Zypern verzichtet wurde, lohnt dennoch eine Analyse der Interessen, Motive und Bedrohungsgefühle der beteiligten Akteure.

<sup>1</sup> Zum griechisch-türkischen Streit wegen der Rechte in der Ägäis vgl. Heinz-Jürgen Axt/Heinz Kramer, Entspannung im Ägäiskonflikt? Griechisch-türkische Beziehungen nach Davos, Aktuelle Materialien zur internationalen Politik, Bd. 22, Baden-Baden, 1990. Zum Zypernkonflikt vgl. u.a. die konträren Einschätzungen in: Heinz-Jürgen Axt/Hansjörg Brey (Hg.), Cyprus and the European Union. New Chances for Solving an Old Conflict?, München, 1997.

## Republik Zypern contra Türkei, EU und USA

Am 29. Dezember 1998 hat die Regierung der Republik Zypern angekündigt, auf eine Stationierung der Luftabwehrraketen zu verzichten. Im Namen der Europäischen Union hat die österreichische Präsidentschaft verlautbart, daß damit eine Quelle der Spannungen beseitigt sei, daß nunmehr "Gesten" auch von der türkischen Seite folgen sollten, daß die engen Bindungen zwischen Zypern und der EU eine politische Lösung begünstigten, und daß die türkisch-zyprische Volksgruppe an den EU-Verhandlungen beteiligt werden solle.<sup>2</sup> Lediglich die türkische Regierung bemängelte, daß nunmehr die Verlegung der Raketenbasen nach Kreta vorgesehen sei, was ebenfalls eine Beeinträchtigung ihrer nationalen Sicherheitsinteressen beinhalte. Der zyprischen Regierung unter Glafkos Klerides ist der Verzicht auf die S-300-Raketen nicht leichtgefallen. Man bezichtigte sie des "nationalen Verrats"; der sozialistische Koalitionspartner unter Vassos Lyssarides schied deswegen aus der Regierung aus.<sup>3</sup>

Daß sich die Regierung der Republik Zypern genötigt sah, die geplante Stationierung der Luftabwehrraketen aufzugeben, ist auf drei Faktoren zurückzuführen: Zunächst hatten die USA massiv auf die Regierung eingewirkt, auf die Raketen wegen der damit verbundenen Destabilisierung des östlichen Mittelmeers zu verzichten. Auch von seiten der Europäischen Union ist Zypern verdeutlicht worden, daß sich durch die angekündigte Rüstungsmaßnahme die EU-Beitrittsaussichten nicht verbessern würden. Schließlich hat auch die Regierung Griechenlands unter Kostas Simitis ihren Einfluß geltend gemacht. Als Klerides im November 1998 in Athen weilte, wurde ihm bedeutet, daß auch die griechischen Zyprer auf Entspannungsinteressen Rücksicht zu nehmen hätten. Simitis bekräftigte zum ersten Mal nicht mehr ausdrücklich ihr Recht auf die Stationierung der Raketen als „legitimes Mittel zur Selbstverteidigung“, wie es früher nicht nur in Nikosia sondern auch in Athen hieß. Zwischen beiden Regierungschefs dürfte in diesem Zusammenhang auch die Verlegung der Raketen nach Kreta verabredet worden sein.<sup>4</sup> Und was in diesem Zusammenhang vielleicht das Wichtigste ist: In Griechenland hatte man zur Kenntnis genommen, daß sich die im Jahre 1993 zwischen der Republik Zypern und Griechenland beschlossene „Gemeinsame Verteidigungsdoktrin“ durch die geplante Raketenstationierung nicht – so wie geplant – militärisch absichern ließ.

Über die Motive der griechisch-zyprischen Regierung zur Stationierung der Raketen ist viel gerätselt worden. Drei Intentionen kamen in Frage:

- Erstens könnte die Überlegung eine Rolle gespielt haben, die Europäische Union zu einer Beschleunigung der Beitrittsverhandlungen zu veranlassen, wenn die Existenz des Zypern-Konflikts der Weltöffentlichkeit wieder ins Gedächtnis gerufen würde.
- Zweitens hat die Regierung Klerides die Rüstungsmaßnahme als ein Pfand in einem angestrebten Verhandlungsprozeß zur Reduzierung der großen Militärbestände in beiden Teilen der Insel ausgeben. Der Verzicht auf die Raketenstationierung hätte danach einen entsprechenden Schritt seitens der türkischen Zyprer bzw. der Türkei nach sich ziehen sollen.
- Drittens ist die Raketenstationierung aber auch damit legitimiert worden, daß die Luftüberlegenheit der Türkei über Zypern beendet, zumindest aber eingeschränkt werden sollte.

Entgegen griechisch-zyprischer Erwartungen hat die Europäische Union ihr Engagement zur Beilegung des Zypern-Konflikts nicht intensiviert. Im Gegenteil, vielen Regierungen der EU wurde deutlich, daß im Falle einer Mitgliedschaft Zyperns ein ungelöster Volksgruppenkonflikt ein erhebliches Risiko für die EU darstellt. Aus Frankreich, Deutschland, den Niederlanden und Italien waren vermehrt Stimmen zu vernehmen, die eine Lösung des Zypern-Konflikts vor dem Beitritt zur EU forderten.<sup>5</sup>

<sup>2</sup> Vgl. Statement of EU-Presidency, 30. 12. 1998 (hektographierte Vorlage).

<sup>3</sup> Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 31. 12. 1998, S. 1. Zum politischen System Zyperns und den Parteien vgl. Heinz-Jürgen Axt/Jeanette Choisi, Politisches System, in: Klaus-Detlef Grothusen/Winfried Steffani/Peter Zervakis (Hg.), Zypern. Südosteuropa-Handbuch, Band VIII, Göttingen, 1998, S. 196-239.

<sup>4</sup> Vgl. Neue Zürcher Zeitung, 28. 11. 1998, S. 2.

<sup>5</sup> Vgl. Heinz-Jürgen Axt, Zypern und der „Acquis politique“: Außen- und Sicherheitspolitik in der Perspektive des EU-Beitritts einer geteilten Insel, in: Südosteuropa-Mitteilungen, Jg. 39, Nr. 4, 1999, S. 319-333.

Die USA reagierten auf die angekündigte Raketenstationierung ebenfalls sehr kritisch. Angesichts der Konflikte in der Golfregion drängen die Vereinigten Staaten auf eine Stabilisierung der Verhältnisse im Dreieck zwischen Griechenland, Türkei und Zypern. Im Falle der Luftabwehrraketen kommt noch ein besonderer Gesichtspunkt hinzu: Nach Angaben britischer Sicherheitskreise wäre bei der Stationierung der Raketenbasen auch die Installierung eines Hochleistungsradars vorgesehen gewesen, das wegen fehlender Fachkenntnisse auf griechisch-zyprischer Seite zumindest in der Anfangsphase von russischen Fachleuten hätte betrieben werden müssen. Damit hätte der russische Geheimdienst zum ersten Mal die Möglichkeit erhalten, alle Flugbewegungen in der Mittelmeerregion in Echtzeit zu verfolgen. Man befürchtete, daß Moskau die mit Hilfe der Radarstation gewonnenen Erkenntnisse beispielsweise über geheime türkisch-israelische Luftoperationen an Syrien, den Irak oder Iran hätte weitergeben können.<sup>6</sup> Noch ist nicht bekannt geworden, daß die USA und die NATO die Stationierung der russischen Raketen auf Kreta ähnlich negativ bewerten, weil deren hochempfindliche Radaranlagen ein "russisches Ohr" im südöstlichen Mittelmeer sind. Viel ist auch darüber spekuliert worden, daß die Negativhaltung der USA darauf zurückzuführen sei, daß die eigene Rüstungslobby nicht zum Zuge gekommen ist. Dieses Argument mag für einzelne Politiker eine Rolle gespielt haben, für die amerikanische Haltung war es aber wohl sekundär. Den USA ging es um die geostrategische Stabilisierung des östlichen Mittelmeers und um eine Begrenzung des Einflusses Rußlands. Bemerkenswert ist freilich, daß die USA, die vor der Entscheidung zur Installation eines umfassenden Raketenabwehrsystems stehen, die Stationierung von Luftabwehrraketen im südlichen Zypern so nachhaltig kritisiert haben. Das verweist darauf, daß noch weitere wichtige Motive bei diesem Schritt eine Rolle gespielt haben.

### Rüstung als Schritt zur Abrüstung?

Schritte zur Demilitarisierung Zyperns waren mit der geplanten Raketenstationierung nicht einzuleiten. Vielmehr erklärte die Türkei den *casus belli*, falls die Raketen stationiert würden. Man ließ verlauten, die Raketenbasen auf jeden Fall zu zerstören. Anlässlich eines Manövers im nördlichen Teil Zyperns hat das türkische Militär im November 1997 bereits die Ausschaltung von Raketenbasen geübt. Auch wurde ein russischer Frachter in den Dardanellen gestoppt, weil man auf ihm Bauteile der Raketen vermutet hatte. Mit derartigen Aktivitäten sollte die Entschlossenheit der türkischen Seite demonstriert werden, den Worten auch Taten folgen zu lassen. Das türkische Militär begründete seine äußerst heftige Reaktion damit, daß die Raketen türkisches Festland erreichen könnten, daß eine Umrüstung möglich sei, und daß sogar atomare Gefechtsköpfe verwendet werden könnten. Demgegenüber haben sowohl die griechischen Zyperer wie auch die russische Raketenherstellerfirma stets betont, daß die Reichweite der Luftabwehrraketen auf 150 km beschränkt ist, womit das türkische Festland kaum zu erreichen gewesen wäre. Außerdem eigne sich das System nur zur Luftabwehr und zerstöre sich bei einer Zielverfehlung selbst.

Berücksichtigt man das militärische Kräfteverhältnis in der Region, dann offenbart sich die Überlegenheit der Türkei. Sie hat 639.000 Mann in Waffen, während es in Griechenland lediglich 162.300 sind. 1996 erreichten die Verteidigungsausgaben in der Türkei 7 und in Griechenland 5,9 Mrd. Dollar. 1997 standen 500 türkischen Militärflugzeugen knapp 350 griechische gegenüber. Die Türkei verfügt über 4.000 Panzer, während es bei Griechenland lediglich 1.800 sind. Entsprechend ist die Situation auf Zypern. Die griechisch-zyprische Nationalgarde kommt auf 10.000 aktive Soldaten und 88.000 Reservisten. Diese Kräfte werden ergänzt von ungefähr 1.250 Soldaten und Offizieren des griechischen Mutterlandes. Die Offiziere führen die griechisch-zyprische Nationalgarde an. In Norden gibt es etwa 4.000 türkisch-zyprische Sicherheitskräfte mit einem Reservistenbestand von 26.000. Hinzukommen 30.000 Soldaten vom türkischen Festland. Man geht davon aus, daß die türkischen Militärverbände besser trainiert sind als die griechisch-zyprische Nationalgarde. Die türkischen Zyperer verfügen über gut 250, die griechischen Zyperer über 140 Panzer. Es wird deutlich, daß die türkisch-zyprische Seite militärisch bedeutende Vorteile hat, auch wenn die griechischen Zyprioten gegenwärtig die Zahl ihrer Panzer vermehren. Obendrein ist die Türkei wegen der geographischen Nähe viel eher in der Lage, ihre Truppen in Zypern zu verstärken und zu versorgen. Dies ist für Griechenland wesentlich schwieriger. Ergänzend sei darauf verwiesen, daß sich auf Zypern rund 1.150

<sup>6</sup> Vgl. FAZ, 22. 5. 1998 und Defense News, 19. 10. 1998, S. 18.

leicht bewaffnete Soldaten der UNO-Blauhelmtuppe (UNFICYP) finden. Diese setzt sich vorwiegend aus Soldaten aus Argentinien, Österreich und dem Vereinigten Königreich zusammen.<sup>7</sup>

Angesichts dieser Kräfteverhältnisse mußte die Drohung der türkischen Militärs mit dem Kriegsfall als weit überzogen erscheinen. Hinzukommt, daß das Radar für die Luftabwehrraketen leicht von türkischen Militärjets zu zerstören gewesen wäre, und daß der Transport der Raketen durch den Bosphorus ohne größeren Aufwand durch die türkische Seite hätte unterbunden werden können. Weil die angekündigte Raketenstationierung weder eine positive Reaktion bei den Partnern in der Europäischen Union auslöste, noch die Verhandlungsposition gegenüber der Türkei stärkte, hat sich die Regierung Klerides entschlossen, die Stationierung zunächst vom Sommer auf den Herbst 1998 zu verschieben, um dann den endgültigen Verzicht anzukündigen. Ein zwischen Griechenland und der Republik Zypern geschlossener Vertrag soll nach einer Verlautbarung des griechischen Regierungssprechers und nach Presseberichten vorsehen, daß die S-300-Raketen im Besitz der Republik Zypern verbleiben und daß Griechenland weder einen Kaufpreis noch eine Miete entrichten wird, sondern nur die Aufenthaltskosten der russischen Spezialisten übernimmt.<sup>8</sup> Diese sollen die Raketenbasen auf Kreta installieren und auch die griechischen sowie die zyprischen Bedienungskräfte ausbilden.<sup>9</sup>

Wenn die Raketenstationierung damit legitimiert wurde, die Luftüberlegenheit der türkischen Luftwaffe über Zypern zu beenden, dann verweist dies auf das zentrale Motiv bei der geplanten Rüstungsmaßnahme und auch darauf, daß die als defensiv ausgegebene Maßnahme durchaus auch offensive Züge beinhaltete. Mit den S-300-Raketen hätte Griechenland die Möglichkeit zur Machtprojektion gegenüber der Türkei von Süden her erhalten. Daneben fungierte die geplante Raketenstationierung als Mittel, um in der griechisch-zyprischen Bevölkerung das Unterlegenheitsgefühl gegenüber dem Norden der Insel abzubauen.

Spätestens die Intervention türkischer Truppen auf Zypern im Jahre 1974 und die nachfolgende Verstärkung der türkischen Truppenpräsenz im Nordteil Zyperns hat unter den griechischen Zypriern ein Gefühl der Unsicherheit und der Unterlegenheit wachsen lassen. Die türkischen Truppen im Norden bauten ihre Position kontinuierlich aus u.a. durch die Errichtung des Militärflughafens Lefkoniko/Gecitkale und der Marinebasen in Kyrenia und Famagusta. Im Süden setzten Politiker und Militärs darauf, daß verstärkte Rüstungsinvestitionen und der Kauf neuer Waffensysteme dem eigenen Sicherheitsbedürfnis genügen würden. Schließlich wurde im Süden immer wieder behauptet, das türkische Militär könne das Ziel verfolgen, sich ganz Zypern einzuverleiben. Es waren zwei Faktoren, die das griechisch-zyprische Sicherheitsempfinden stärken sollten: *Erstens* sollte die Stationierung der Luftabwehrraketen die türkische Lufthoheit über Zypern beenden, und *zweitens* sollte der Beistand Griechenlands durch die 1993 vereinbarte „Gemeinsame Verteidigungsdoktrin“ gesichert werden.

Es ist übrigens auf griechisch-zyprischer Seite kaum zur Kenntnis genommen worden, daß es den türkischen Militärs 1974 nicht um territoriale Expansion, sondern darum ging, zu verhindern, daß sich das griechische Militär im Zuge des von den griechischen Obristen unterstützten Putsches gegen die Regierung von Erzbischof Makarios fest auf Zypern etabliert. Schließlich könnte von Zypern aus ein Vorstoß in den „weichen Unterleib“ der Türkei erfolgen. Um dies zu unterbinden, bedarf es nicht der türkischen Kontrolle über ganz Zypern. Es genügt dem türkischen Militär durchaus, eine starke Präsenz im Norden der Insel zu haben.

<sup>7</sup> Die Daten zum militärischen Kräfteverhältnis sind entnommen: International Institute for Strategic Studies (Hg.), *The Military Balance 1997/98*, Oxford, 1997. Vgl. auch Aristotelous, *Greece, Turkey and Cyprus: The Military Balance, 1995-1996 – Arms, Doctrins and Disarmament*, Cyprus Center for Strategic Studies, Nicosia, 1995; Dan Lindley, *UNFICYP and a Cyprus Solution: A Strategic Assessment*. Security Studies Working Paper, Center for International Studies, Cambridge, Mass., Mai 1997.

<sup>8</sup> Zypern hat danach einen Preis von immerhin mehr als 200 Mio. Dollar für die Raketen zu bezahlen. Vgl. *Süddeutsche Zeitung*, 19. 1. 1999.

<sup>9</sup> Vgl. *Athener Zeitung*, 12. 2. 1999.

## Der „islamische Bogen“ und die S-300

In den frühen achtziger Jahren ging Griechenland unter Andreas Papandreou gegenüber der Republik Zypern eine eher informelle Beistandsverpflichtung ein.<sup>10</sup> Nachdem zu Beginn der neunziger Jahre die Konflikte in Südosteuropa ausbrachen, Grenzen und bestehende Staaten zur Disposition gestellt wurden und in Griechenland der Eindruck entstand, die Türkei wolle in dieser Situation einen „islamischen Bogen“ zur Einkreisung Griechenlands (von Albanien über die Nachfolgestaaten Jugoslawiens bis ins östliche Mittelmeer) errichten, sann man in Griechenland auf Gegenmaßnahmen.<sup>11</sup> Es galt, den „Hellenismus“ zu verteidigen. Der griechische Teil Zyperns mußte konstitutiver Bestandteil dieser Bemühungen sein, denn es galt obendrein, der allmählichen Hinnahme der Zweistaatlichkeit auf Zypern durch die Staatengemeinschaft entgegenzuwirken. Die Konsequenz war die „Gemeinsame Verteidigungsdoktrin“:<sup>12</sup> Ein Angriff auf die Integrität der (de facto griechisch-zyprischen) Republik Zypern würde unmittelbar auch zur Konfrontation mit Griechenland führen. Die beiden zentralen Konfliktherde Zypern und Ägäis-Streit waren damit unausweichlich miteinander verbunden. Dies wird zusätzlich deutlich durch die Krise um die kleine unbewohnte griechische Insel Imia in der Ägäis im Jahr 1996, als Journalisten der türkischen Zeitung „Hürriyet“ die rote Fahne mit dem Halbmond auf der unbewohnten Felseninsel hißten.<sup>13</sup>

Als Gegenstrategie zur vermuteten Etablierung eines islamischen, von der Türkei dominierten Bogens rings um Griechenland entwarf das griechische Verteidigungsministerium seinerseits eine Strategie der Einkreisung der Türkei. *Zum einen* sollten traditionelle Gegner der Türkei, wie Rußland, Armenien, Iran und Syrien, in Allianzen mit Griechenland eingebunden werden. Auch die kurdische Befreiungsbewegung PKK konnte in dieser Perspektive der griechischen Seite nützen, weil sie die Türkei schwächte.<sup>14</sup> *Zum anderen* hätte eine ständige und durch die Gemeinsame Verteidigungsdoktrin legitimierte Präsenz griechischer Militärpotentiale auf Zypern die Möglichkeit eröffnet, die Türkei von Süden her unter Druck zu setzen. Zu diesem Zweck eignete sich vor allem der vorgesehene Ausbau des Luftwaffenstützpunkts mit dem durchaus bezeichnenden Namen „Andreas Papandreou“ in der Nähe der südzyprischen Stadt Paphos. Dort sollte die Möglichkeit für einen ungehinderten Anflug Zyperns durch griechische Luftverbände geschaffen werden. Diesem Zweck sollte letztlich auch die Stationierung S-300-Raketen dienen. Es sollte der Türkei unmöglich gemacht werden, den Anflug, den Aufenthalt und die Versorgung griechischer Luftwaffeneinheiten auf dem Stützpunkt Paphos zu verhindern.

Es waren also nicht die Befürchtungen, daß die S-300 das türkische Festland erreichen könnten, die die Türkei zur Drohung mit dem casus belli veranlaßten. Es war vielmehr die Erkenntnis, daß der durch Luftabwehrraketen geschützte Stützpunkt Paphos Griechenlands Luftwaffe bedeutend näher an die Türkei heranführen und die mögliche Einsatzzeit über dem türkischen Festland entscheidend verlängern würde. Die S-300-Luftabwehrraketen bekamen damit aus türkischer Perspektive eine deutliche offensive Funktion.

Es ist in diesem Zusammenhang an folgendes zu erinnern: Türkische Kampfflugzeuge können in rund fünf Minuten Zypern erreichen, vom nächstgelegenen Stützpunkt in Kreta brauchen griechische Flugzeuge dazu immer noch rund 25 Minuten. Vom Festland startende griechische Flugzeuge brauchen erheblich länger, bis sie die Türkei erreichen. Starten griechische Jets indessen von Paphos aus, sind sie ebenso schnell über der Türkei, wie die türkischen Flugzeuge Zypern erreichen. Je kürzer

<sup>10</sup> Vgl. Heinz-Jürgen Axt, Griechenlands Außenpolitik und Europa: Verpaßte Chancen und neue Herausforderungen, Baden-Baden, 1992, S. 73 ff.

<sup>11</sup> Vgl. Heinz-Jürgen Axt, Der "Islamische Bogen" vom Balkan bis nach Zentralasien. Die Türkei als neue Regionalmacht? In: Südosteuropa, Jg. 41, Nr. 9, 1992, S. 546-557.

<sup>12</sup> Eine äußerst informative und kenntnisreiche Darstellung zur Gemeinsamen Verteidigungsdoktrin findet sich bei Niels Kadritzke, The Greek Gift. S-300 and the Common Greek-Cypriot Defense Policy, in: Heinz-Jürgen Axt/Hansjörg Brey (Hg.), Cyprus and its Accession to the European Union: Positions and Expectations of the Cypriots and of the International Community, München, 2000 (i.E.).

<sup>13</sup> Vgl. Ekkehard Kraft, Dokumentation: Die griechisch-türkische Krise um die Felseninsel Imia Ende Januar 1996, in: Südosteuropa, Jg. 45, Nr. 9/10, 1996, S. 765-772. Auf der Internet-Homepage (<http://www.mfa.gr/foreign.htm>) des Athener Außenministeriums kann man sich ausführlich über den Standpunkt Griechenlands zu Imia und auch der (von der Türkei bezüglich ihrer Zugehörigkeit zu Griechenland angezweifelte) Insel Gavdos informieren

<sup>14</sup> Vgl. Kadritzke, a.a.O. (Anm. 12).

die Flugzeit, desto länger ist die jeweilige Einsatzzeit: Die Hauptaufgabe der Luftabwehrraketen bestand also – im Zusammenhang mit dem Stützpunkt Paphos und der Gemeinsamen Verteidigungsdoktrin – darin, die strategischen Nachteile für die griechische Luftwaffe zu egalisieren und im Konfliktfall mit der Türkei auch gewisse Offensivpotentiale aufzubauen. Insofern bestätigte sich wieder einmal die schon zu Zeiten des Kalten Krieges gemachte Erfahrung, daß der „Aufbau einer Raketenabwehr offensive Absichten signalisiert“.<sup>15</sup> Im Falle Zypern ging es allerdings nicht darum, sich gegen Raketenangriffe potentieller Gegner unverwundbar zu machen, sondern darum der Türkei die Kontrolle über den zyprischen Luftraum zu nehmen, um damit ein Konterpotential durch die griechische Luftwaffe zu schaffen.

### Fazit

Es dürfte deutlich geworden sein, daß die Krise um die S-300-Raketen sehr schnell zur bewaffneten Eskalation hätte führen können. Denn, wie bereits geschildert, hatte auch 1974 das türkische Militär auf Zypern interveniert, um zu verhindern, daß sich das griechische Militär dauerhaft und in nennenswerter Stärke auf Zypern festsetzt. Das strategische Primat der Türkei besteht darin, die wenig geschützte südliche Ägäisflanke des Landes nicht verwundbar werden zu lassen. Jeglicher „Hellenisierung“ auf Zypern – gerade auch in Form militärischer Beistandspakte und dazu dienender Luftabwehrraketen – wird deshalb von der Türkei mit aller Entschiedenheit entgegengewirkt. Auch auf die Kriegsdrohungen wird da nicht verzichtet. Die Staatengemeinschaft hat diese Implikationen der beabsichtigten Stationierung der S-300-Luftabwehrraketen zu wenig gewürdigt. Es ist wahrscheinlich der Regierung Simitis in Griechenland zu verdanken, die erkannt hat, daß die von der Vorgängerregierung und insbesondere vom damaligen Verteidigungsminister Arsenis betriebene Politik der Gemeinsamen Verteidigungsdoktrin und der Raketenrüstung unkalkulierbare Risiken enthält, weshalb Griechenland letztlich den Ausweg gewiesen hat und die Raketen nunmehr auf Kreta stationieren läßt. Mit diesem Schritt wurde die gegenwärtig zu beobachtende Verbesserung der bilateralen Beziehungen zwischen Griechenland und der Türkei möglich, die allerdings noch keinen Weg gefunden haben, sich über die eigentlichen Streitfragen sowohl zur Ägäis als auch zu Zypern zu verständigen.<sup>16</sup>

Der geschilderte Fall läßt zweierlei erkennen: Erstens können vermeintlich defensive Rüstungsmaßnahmen durchaus offensive Elemente enthalten und im schlimmsten Fall zum Auslöser von bewaffneten Eskalationen werden. Zweitens läßt sich das diesbezügliche, Frieden und Stabilität gefährdende, Potential nur bei einer gründlichen Analyse der spezifischen Umstände und Rahmenbedingungen des jeweiligen Einzelfalls erkennen.

<sup>15</sup> So Ernst-Otto Czempel, Am Scheideweg. Zur Situation der Atlantischen Gemeinschaft, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 45, Nr. 5, 2000, S. 569-579 (S. 569).

<sup>16</sup> Vgl. Heinz-Jürgen Axt, Verbesserte Beziehungen zwischen Athen und Ankara nach Helsinki? Griechenlands aktuelle Außen- und Sicherheitspolitik, Stiftung Wissenschaft und Politik, Ebenhausen, Februar 2000.